



AARGAUER KOMITEE · Postfach 2128 · 5001 Aarau

AARGAUER KOMITEE

WIRTSCHAFTSPOLITIK • VOLKSABSTIMMUNG

Telefon 062 837 18 32  
info@aargauerkomitee.ch  
www.aargauerkomitee.ch

Aargauer Komitee «NEIN zur Selbstbestimmungsinitiative» ([www.aargauerkomitee.ch](http://www.aargauerkomitee.ch))  
und Aargauer Komitee gegen die Selbstbestimmungsinitiative ([www.der-aargau-sagt-nein.ch](http://www.der-aargau-sagt-nein.ch))

Ort, Datum  
Aarau, 13. November 2018

Ansprechperson  
Sarah Suter

Telefon direkt  
062 837 18 06

E-Mail  
sarah.suter@aihk.ch

\\srv01\daten\S10\_POLITIK\Abstimmungen\_Wahlen\2018\_SBI\Medienmitteilungen\Medienmitteilung\_13.11.2018.docx

## Gemeinsame Medienmitteilung

### **Erfolgreicher gemeinsamer Auftritt der beiden Aargauer Komitees am nationalen Aktionstag gegen die «Selbstbestimmungs»-Initiative»**

**Gemeinsam haben die beiden Aargauer Komitees gegen die sogenannte «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) am letzten Samstag in Aarau die Bevölkerung über die verheerenden Auswirkungen der Initiative informiert und für ein NEIN am 25. November geworben.**

Anwesend waren zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter fast aller (Jung-)Parteien (BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP) sowie der Arbeitnehmendenorganisationen und der Wirtschaft. Für alle war klar: Die Initiative ist ein Frontalangriff auf die Menschenrechte und gefährdet die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes.

«Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden mit den internationalen Menschenrechten vor staatlicher Willkür geschützt. Die Anti Menschenrechts-Initiative will diesen Schutz aushebeln und unsere Grundrechte einschränken» meint Gabriela Suter, Präsidentin der SP Aargau.

Irène Kälin, Präsidentin von ArbeitAargau und Nationalrätin der Grünen, lehnt die Initiative ebenfalls deutlich ab: «Die Initiative will neben der europäischen Menschenrechtskonvention auch die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation aufkündigen. Diese Konvention schützt und stellt die Rechte der Arbeitnehmenden sicher. Würde dieser Schutz wegfallen, wäre dies ein deutlicher Rückschritt für den Arbeitnehmendenschutz in der Schweiz.»

Aber auch für unsere exportorientierte Wirtschaft hätte die SBI negative Folgen. Heute profitieren unsere Unternehmen von guten Rahmenbedingungen: Die Bilateralen mit der EU, zahlreiche Freihandelsabkommen und weitere wirtschaftsrelevante Vereinbarungen sichern ihnen einen raschen Zugang zum internationalen Markt. «Bei Annahme der SBI würden alle diese Verträge unter einen Dauervorbehalt gestellt. Niemand kann sagen, wie lange sie dann noch gelten würden. Derartige Unsicherheiten sind Gift für unsere Wirtschaft», warnt Peter Gehler, Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer und Co-Präsident des Aargauer Komitees «NEIN zur Selbstbestimmungsinitiative».

### **Bildlegende:**

**(Fast) alle gegen die SBI:** Am vergangenen Samstag haben das bürgerliche Aargauer Komitee «NEIN zur Selbstbestimmungsinitiative» und das linke Aargauer Komitee gegen die Selbstbestimmungsinitiative für eine gemeinsame Aktion in Aarau zusammengespant.

(Bild: Aargauer Komitee «NEIN zur Selbstbestimmungsinitiative»)